

Links.Blick.

Die linke Zeitung für Cottbus und Spree-Neiße

www.dielinke-lausitz.de

Jahrgang 2023/19.05. Ausgabe 10

Die Börsen-Party geht zu Lasten der Allgemeinheit

Dividenden und Managergehälter erreichen neue Rekordhöhen während die Reallöhne der meisten Menschen schrumpfen. LINKE fordert gerechte Verteilung.



Rund 75 Milliarden Euro Dividenden werden Aktiengesellschaften in Deutschland in diesem Jahr auszahlen. 30 der Größten haben dazu in dieser Woche ihre Hauptversammlungen durchgeführt. Janine Wissler, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, fordert aus diesem Anlass erneut, bei der immer ungerechteren Verteilung der Vermögen gegenzusteuern:

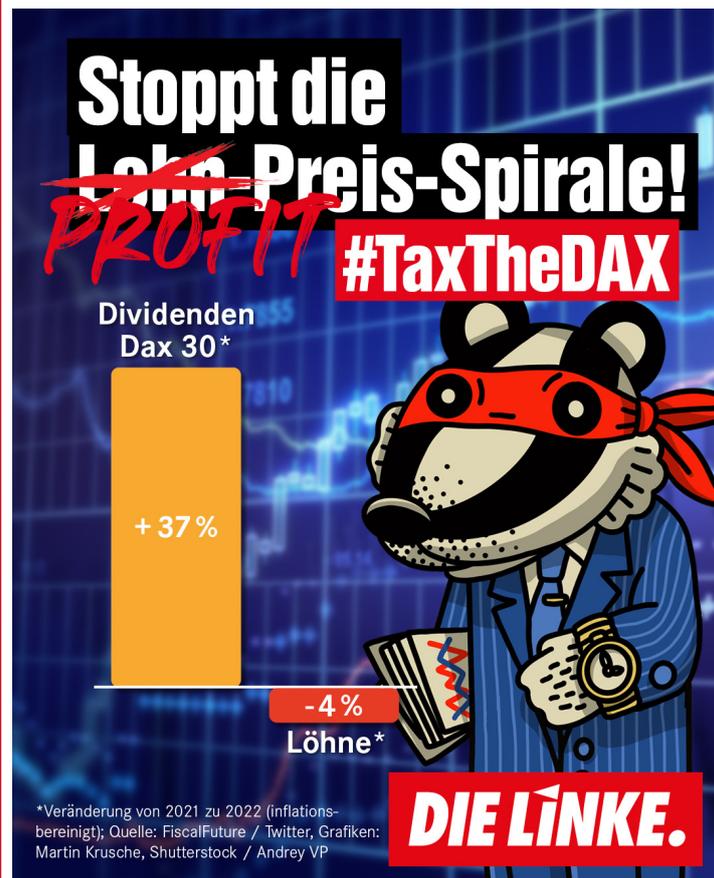
Was gerade passiert ist eine Verschärfung der ungleichen Verteilung. Nicht nur, dass die, die schon viel haben, noch mehr bekommen: Die Börsen-Party geht zu Lasten der Allgemeinheit.

Während die Reallöhne in Deutschland gesunken sind, steigen die Dividenden auf Rekordhöhe. Damit treiben einige Wenige die Inflation für alle an. Die Preise steigen für alle, die Geldbeutel wachsen bei wenigen.

Während viele Menschen nicht wissen, wie sie ihre Lebenshaltungskosten

bestreiten sollen, haben die DAX-Vorstände im Schnitt bereits am 5. Januar 2023 das Jahresgehalt von Vollzeitbeschäftigten eingestrichen. Aktionären winken wieder einmal Rekord-Dividenden. Die Ausschüttungen der Aktiengesellschaften haben sich in den letzten 10 Jahren um 87,5 Prozent erhöht, in den letzten 20 Jahren sogar um das Fünffache. Riesengewinne von Wenigen bedeuten eine schleichende Enteignung der Mehrheit. Eine Regierung, die da tatenlos zusieht,

oder das gar fördert, mit Steuersenkungen im oberen Bereich, leistet Beihilfe bei der Ausplünderung der Bevölkerung. Die Antwort muss sein: Riesen-Vermögen und Konzerngewinne müssen dringend stärker besteuert werden. Krisenprofite, die sogenannten Übergewinne, gehören zusätzlich besteuert. Managergehälter müssen an die Gehälter im Unternehmen gekoppelt sein und dürfen dort das Zwanzigfache des geringsten Gehaltes nicht übersteigen.



S.2 Aus dem Landtag

Bildung, Energiewende,
Migrationsgipfel

S.3 Kita-Kollaps verhindern!

Forderungen der LINKEN zum landesweiten Aktionstag



In der Stichwahl zum Landrat in Oder-Spree konnte sich Frank Steffen (SPD) letztlich knapp durchsetzen. Der Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Sebastian Walter, kommentiert das Ergebnis:

Das Ergebnis der Landratswahl zeigt es deutlich: Demokratie ist nicht selbstverständlich – sie muss verteidigt werden, jeden Tag – im Kleinen wie im Großen. Ich bin entsetzt, dass CDU und Freie Wähler in einer solchen Situation nicht einmal eine Empfehlung für die Wahl des demokratischen Kandidaten abgegeben haben. Das ist fahrlässig und unverantwortlich!

Landes- und Bundesregierung sind die sozialen Probleme und Alltagssorgen der Menschen immer noch egal. Bezahlbares Wohnen, eine stabile Energieversorgung, wirksame Maßnahmen gegen Inflation und Preistreiber – diese Aufgaben müssen endlich in den Mittelpunkt gestellt werden. Damit die AfD nicht länger ihre Wahlergebnisse mit Politikverdrossenheit und Angst pushen kann! Wir brauchen jetzt eine gemeinsame Initiative für die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und zur Stärkung der Demokratie. Wir rufen alle demokratischen Kräfte im Land dazu auf, mit uns gemeinsam Probleme nicht mehr abzutun oder zu negieren, sondern über Parteigrenzen hinweg zu lösen. Brandenburg verdient mehr – eine Politik, die dafür sorgt, dass alle Menschen hier gut und sicher leben können!

Bildung, Energiewende, Migrationsgipfel

Viele Schwerpunkte prägen die Mai-Sitzung des Brandenburger Landtages

Der 10. Mai ist ein historisches Datum, denn genau an diesem Tag vor 90 Jahren begannen die Nazis ihre Kampagne „Wider den deutschen Ungeist“. Tausende Bücher von jüdischen und unliebsamen Schriftstellern, wie Erich Kästner, Carl von Ossietzky, von Philosophen und Wissenschaftlern werden öffentlich verbrannt und verboten.

Im Mai 1948 wurde auch die Unabhängigkeit des Staates Israel von David Ben Gurion ausgerufen. Aus diesem Grund begann die dreitägige Landtagssitzung mit einer Feierstunde anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung des Staates Israel. Zu Gast war der Botschafter des Staates Israel in Deutschland S.E. Herr Ron Prosor.

Die Schwerpunkte dieser dreitägigen Sitzung lassen sich in drei Themen zusammenfassen:

Bildungsgipfel

Zur Bewältigung der Bildungskrise haben wir folgende Forderungen an die Landesregierung gestellt:

1. in enger Zusammenarbeit mit allen weiteren betroffenen Ministerien im Mai 2023 einen Bildungsgipfel einzuberufen. Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bildungsbereich

(Gewerkschaften, Verbände, Schulleitungen, Lehrkräfte, Schulträger) und Vertreterinnen und Vertreter von Elternräten sowie zuständige Abgeordnete des Landtages sollen gemeinsam die Situationen und Problemlagen an unseren Schulen erfassen, umfassend darstellen und mögliche Lösungsvorschläge diskutieren. 2. umgehend eine „Task Force Bildung“ einzuberufen, die daraus folgend kurzfristig zu treffende Maßnahmen für das Schuljahr 2023/24 berät und diese spätestens bis Anfang Juni 2023 als Handlungsempfehlungen für politischen Entscheidungen dem zuständigen Ausschuss und der Landesregierung vorlegt.

Und wiederum zeigte sich in der Debatte, die Koalition ist nicht bereit sich gemeinsam diesen Aufgaben zu stellen. Mit der Einsetzung des neuen Bildungsministers hofft man jetzt einen besseren Weg aus der Bildungskrise zu finden.

Und schon in dieser Woche zeigt sich, dass unser massiver Druck über viele Monate hinweg Wirkung entfaltet.

So der Kommentar unserer bildungspolitischen Sprecherin Kathrin Dannenberg:

„Die von uns geforderte Rücknahme der Stellenkürzungen steht jetzt im Freiberg-Plan. Dazu gehören auch kapitalisier-

te Lehrstellen, meint ungenutzte Stellen, wo das zur Verfügung stehende Geld nun den Schulen in Form eines Budgets erhalten bleiben soll. Damit hätten die Schulen jetzt Bein-

freiheit, selbst zu entscheiden, was bei ihnen konkret notwendig ist - ob Schulsozialarbeiter oder Seiteneinsteiger, auch Schulkrankenschwestern wären damit finanziell möglich.

Unsere Forderung, ältere Lehrer, also 63 plus, zu entlasten hat ebenso Eingang in den neuen Plan gefunden, wie die von uns verlangte bundesweite Werbekampagne. Noch im März wurden wir für unsere Forderungen spöttisch kritisiert und alle entsprechenden Anträge durch die Kenia-Koalition im Landtag abgelehnt. Die Landesregierung hat leider viel Zeit vergehen lassen, die ungenutzt blieb.

In drei Monaten beginnt das neue Schuljahr. Bleibt abzuwarten, ob die Pläne bis dahin unbürokratisch umgesetzt sind und an den Schulen wirken können.“

Energiewende gestalten

Einigkeit gibt es auch nicht bei der Gestaltung der Energiewende. Während die AfD den Ausbau Erneuerbarer Energien ablehnt, will die Koalition den Ausbau insbesondere von Freiflächenphotovoltaik dem Markt überlassen. Betont wird dabei die Kommunale Selbstverwaltung. Investoren stehen Schlange und kleine Verwaltungen gerade im ländlichen Raum, brauchen hier eine gute fachliche Beratung durch das Land, damit Bürgerschaft und Gemeinden auch davon profitieren können.

Hier setzt unsere Kritik an die in der Energieagentur installierte Beratungsstelle ist personell viel zu klein, um diesen Bedarf abzudecken.

Kriterien für den Ausbau werden zwar durch das Land emp-



Windpark in Klettwitz, Landkreis Oberspreewald-Lausitz

fohlen, sind aber eben nicht rechtsverbindlich.

Während die Solarpotentialanalyse für das Land Brandenburg für Dächer und Gebäude ca. 29 GW ausweist und für Freiflächen ca. 140 GW ohne dabei Schutzgebiete in Anspruch zu nehmen, hat die Koalition jetzt beschlossenen Schutzgebiete für Freiflächenphotovoltaik zu öffnen.

Wir teilen diese Auffassung nicht, da aus unserer Sicht zunächst Gebäude und Dächer in den Blick genommen werden müssen und bei der Nutzung von Freiflächen es mit Agri-Photovoltaik eine Mehrfachnutzung möglich ist.

Migrationsgipfel von Bund und Ländern

Ministerpräsident Dietmar Woidke berichtet dem Landtagsplenum die Ergebnisse aus der gemeinsamen Beratung der Länderchefs mit dem Bundeskanzler.

Die Debatte führte zu harten Auseinandersetzungen, mit Forderungen der CDU nach Grenzkontrollen erreichte sie



Bildungskrise im Dialog bewältigen!

Maßnahmen die wirken:

- Probleme offen benennen und gemeinsam Lösungen finden - **Bildungsgipfel noch im Mai**
- kurzfristige Handlungsempfehlungen verabschieden - **Taskforce Bildung, jetzt!**
- **Entlastung für Schulleitungen und Lehrkräfte** - keine Stundenkürzungen, konkrete Pläne zur Umwandlung von Lehrstellen und zusätzlicher Stellen
- **Fachkräfte finden** - eine Werbekampagne, die in Brandenburger Schulen hilft



einen neuen Höhepunkt. Dazu erklärte Fraktionsvorsitzender Sebastian Walter:

„Zum Streit in der rot-schwarz-grünen Brandenburger Landesregierung um die Forderung der CDU und des Brandenburger Ministerpräsidenten, Kontrollen an der Landesgrenze einzuführen, erklärt der Fraktionsvorsitzende Sebastian Walter:

Wie so oft in den letzten Jahren versagt die Brandenburger Landesregierung insbesondere in Krisenzeiten und agiert planlos. Militärische Grenzkontrollen sind doch keine tatsächliche Lösung, genauso wie alle weltweit gebauten Zäune. Egal, wie viel Kontrollen es gibt und wie hoch die Mauern sind, sie lösen die Probleme nicht. Deshalb ist das eine Geisterdebatte.

Nötig ist eine verbindliche Vereinbarung zur solidarischen Verteilung von Flüchtenden. Nötig ist, dass der Bund seinen Beitrag an der Flüchtlingsfinanzierung leistet und nicht pauschal deckelt. Nötig ist, diesen Beitrag wieder an der realen Anzahl der aufgenommenen und zu versorgenden Geflüchteten auszurichten. Und nötig ist - auch in Brandenburg entsprechend Wohnungen, Kitas und Schulen zu bauen. Damit können wir die Kommunen hier konkret unterstützen.

Die aktuelle Debatte ist nichts anderes als ein billiges und durchsichtiges Wahlkampfmanöver, das unsere Gesellschaft spaltet.“

Mit diesen Worten ist ausgesprochen, was wir Linke denken.

Anke Schwarzenberg
Mitglied des Landtages

Kita-Kollaps verhindern!

Mit einem landesweiten Aktionstag warnten Elternbeiräte, Kita-Träger und Initiativen am 15. Mai in ganz Brandenburg vor dem drohenden Kollaps des Kita-Systems. Auch in Cottbus beteiligten sich viele Menschen an diesem Protest.

Endlich Zeit zu handeln, meint auch die Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Katharina Slanina:

Schon seit Jahren wird das Brandenburger Kita-System auf Verschleiß gefahren. Land und Kommunen schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu und unterm Strich ändert sich nichts. Dieser Zustand ist nicht länger hinnehmbar!

Zu Recht fordern Eltern und Träger substanzielle Verbesserungen der Situation, und zwar

vom Land: eine bessere Personalausstattung, um eine höhere Bildungs- und Betreuungsqualität wirklich umsetzen zu können, bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für Erzieher:innen und Unterstützung durch multiprofessionelle Teams und ein Kitagesetz, dass endlich verbindliche Qualitätsstandards setzt, die am Bedarf der Kinder orientiert sind, sowie eine Mindestpersonalbemessung definiert. Das Land darf sich nicht länger aus der Verantwortung steh-



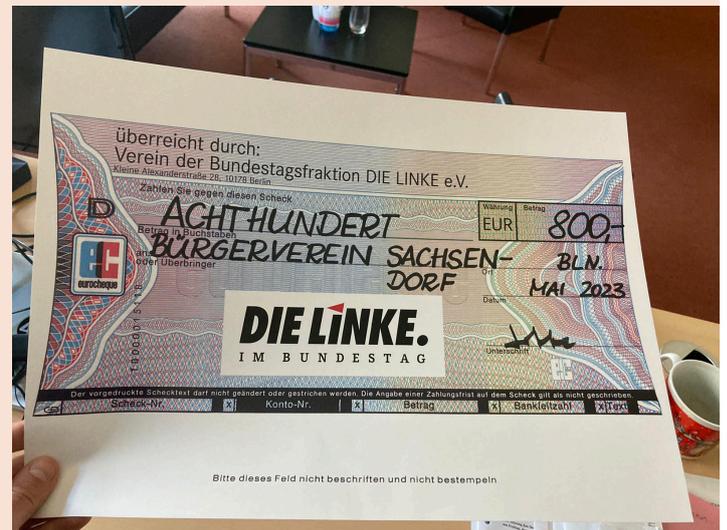
len und darauf warten, von Gerichten das eigene Gesetz interpretiert zu bekommen. Es braucht endlich ein Finanzierungssystem, dass die Zukunft der Kitalandschaft sichert und in dem für Elternbeiträge kein Platz mehr ist!

Guter Einsatz für Diäten im Bundestag

800 Euro für Sachsendorfer Bürger:innenfest

Der Cottbuser Stadtteil Sachsendorf/Madlow ist ein typisches Plattenbaugesamt aus DDR-Zeiten. Seit 1993 büßte das Wohngebiet mehr als die Hälfte seiner Einwohner ein. Zudem erschwerte ein massives Umzugsgeschehen die Herausbildung stabiler Nachbarschaften und veränderte die soziale Struktur. Spätestens ab 2015 kamen viele neue Bewohner:innen aus verschiedenen Ländern dazu. Um für ein gutes Miteinander zu sorgen, für die Belange der Bewohner:innen und für den Stadtteil selbst zu sorgen, gründete sich 1998 der Bürgerverein Sachsendorf/Madlow.

Seit 23 Jahren organisiert er ein jährliches Bürgerfest im Stadtteil. Das mehrtägige Event kann nur mit viel ehrenamtlichem Engagement und Sponsoren stattfinden. In diesem Jahr unterstützt der



Schon ausgefüllt - Diesen Scheck bringt der Bundestagsabgeordnete Christian Görke am 10. Juni mit in den Cottbuser Stadtteil Sachsendorf.

Verein der Bundestagsfraktion das Cottbuser Bürgerfest mit 800 €. Der Verein finanziert sich und seine Aktivitäten aus den Diäten und Spenden der meisten Mitglieder des Deutschen Bundestages der Fraktion Die LINKE. Auch Christian Görke zahlt hier regelmäßig ein und wird den Scheck noch an

die Sachsendorfer übergeben. Das Geld ist schon lange auf deren Konto.

Der ehemalige Sportlehrer wird sich am 10. Juni auch direkt beim Seifenkistenrennen beteiligen und als Ko-Moderator das Ereignis kommentieren.

TERMINE

23.05. Finissage der Ausstellung „Frauenbilder“ von Rudolf Sittner ab 18 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Ostrower Straße 3, Cottbus



DIE LINKE.
Ostrower Str. 3
03046 Cottbus

25.05. PLAN B in Zusammenarbeit mit der Linksfraktion Brandenburg
Ernte Dank oder was...?

Gespräch & Diskussion mit Benjamin Luig ab 18 Uhr im Café Zelig, Friedrich-Ebert-Str. Cottbus

Ernte DANK oder was...

Spargel, Erdbeere, Gurke - auf wessen Kosten ernten wir?
mit Benjamin Luig

Europäischer Verein für Wanderarbeitnehmer e.V. (EWW)/Faire Mobilität



Büroöffnungszeiten

Dienstag bis Donnerstag 10 - 16 Uhr

Während dieser Zeit kann auch unser Zeitzeugen-Archiv besucht werden!

Dienstag: Kassentag

Mittwoch: Soziale Bürgerberatung
11 - 13 Uhr



**Soziale
Bürgerberatung**
Tel: 0355/ 22 440

jederzeit per E-Mail info@dielinke-lausitz.de
Tel: 0355 - 22 44 0
im Netz: www.dielinke-lausitz.de



Friedlicher Himmel – Stop Air Defender 23!

Vom 12. - 23. Juni 2023 soll über Deutschland das NATO - Luftwaffenmanöver „Air Defender 2023“ stattfinden. Es ist das größte Luftwaffenmanöver seit Bestehen der NATO. Auch in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern werden bis zu 10.000 Soldat:innen am Manöver teilnehmen. Dieses militärische Säbelrasseln ist unverantwortlich! Wir wollen und werden uns nicht an Krieg und Militär als Werkzeuge von Außenpolitik gewöhnen. Gerade jetzt, da wieder ein Krieg in Europa tobt, sind Deeskalation und Diplomatie das Gebot der Stunde – nicht Aufrüstung, militärische Machtdemonstrationen und das Befeuern der Eskalationsspirale.

Wir verurteilen den verbrecherischen russischen Angriffskrieg in der Ukraine zutiefst. Wir fordern einen schnellstmöglichen Waffenstillstand und den vollständigen Abzug der russischen Truppen von ukrainischem Staatsgebiet. Aber wir akzeptieren nicht, dass dieser Angriffskrieg von der NATO und ihren Verbündeten als Begründung genutzt wird, eine bisher beispiellose Militarisierung der Außenpolitik und eine neue Aufrüstungsspirale in Gang zu setzen.

Mit jahrelangem zivilem und friedli-

chem Widerstand konnte die jahrzehntelange Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide als Bombodrom endlich beendet werden. An diese Traditionen müssen wir nun erneut anknüpfen. Wir wollen, dass der Himmel weder über Brandenburg, noch über Mecklenburg-Vorpommern, noch irgendwo anders auf der Welt erneut zum Kampfgebiet und zur Aufmarschzone wird!

Deshalb rufen wir auf zur

**Friedenswanderung
in der Freien Heide
am Sonntag, 11.06.2023
Auftrittkundgebung: 13.00 Uhr
Wanderparkplatz Pfalzheim (ehem.
Hauptzufahrt Bombodrom)
Ca. 14.00 Uhr Friedenswanderung
zum Sielmann-Hügel**

Am Sielmann-Hügel wollen wir gemeinsam mit allen Teilnehmer:innen ein Zeichen für den Frieden setzen, das auch vom Himmel aus zu sehen ist.

Informationen zur gemeinsamen Anreise aus Cottbus folgen in der nächsten Ausgabe des „Linksblick“. **Bei Interesse meldet euch bereits jetzt unter info@dielinke-lausitz.de**

Wir fordern Frieden am Himmel – über Brandenburg, Deutschland und Europa!

Save the date: Mensch, Lausitz! - Konferenz

**30.06.2023 ab 14.00 im Stadthaus
Cottbus / Piccolo-Theater Cottbus**

Wir laden Sie/Euch ein, reden Sie mit, gestalten Sie mit, machen Sie mit! Nutzen Sie die Gelegenheit, den Strukturwandel mitzugestalten und den Menschen in den Fokus zu rücken. Transformationen und Strukturwandel werden oftmals unter technischen Ge-

sichtspunkten diskutiert. Wie sie auf Menschen und Gesellschaft wirken, darüber wird zu wenig gesprochen.

Wir wollen den Wandel in der Lausitz aus einer neuen Perspektive betrachten. Der Mensch soll im Mittelpunkt des Strukturwandels stehen. Wir fragen: wie können wir den Strukturwandel so gestaltet, damit er dem Menschen und der Gesellschaft dient und eine bessere Zukunft für alle bedeutet?